

Noch mehr Distanz zum Westen

Warum sich Ankara nach Moskau orientiert

Günter Seufert

Ein blutiger Putschversuch, das Schleifen des Rechtsstaats als Reaktion der Regierung darauf und eine nicht abreißende Folge von Terroranschlägen haben aus der Türkei ein anderes Land gemacht. Außenpolitisch provoziert Ankaras Annäherung an Moskau die Frage, ob das Land noch verlässlicher Partner des Westens ist. Offiziell ist die Türkei nach wie vor Kandidat für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Doch längst ist mehr von den Gefahren die Rede, die eine instabile und antiwestlich ausgerichtete Türkei für die EU mit sich bringt, als dass man darüber spräche, wie Brüssel auf die türkische Politik einwirken kann. Auch der Nato macht die Türkei Sorgen. Bleibt das Land im westlichen Lager? Kann es sich innenpolitisch wieder fangen? Auf welche Zukunft der Türkei deuten jüngere Entwicklungen in der Außen- und Innenpolitik hin?

In diesen Wochen erzielt die Türkei anscheinend einen außenpolitischen Erfolg nach dem anderen. Der Waffenstillstand, den sie in den letzten Tagen des Jahres 2016 zusammen mit Russland für Syrien ausgehandelt hat, und die positive Reaktion des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen darauf haben erneut unterstrichen, dass die Türkei für eine Lösung des Konflikts unentbehrlich ist. Ankara hat damit seine Position gegenüber Washington gestärkt. Nun kann es seinen Druck auf die kurdischen Organisationen in Syrien und im Irak erhöhen, die in Syrien seit 2013 von den USA gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) unterstützt werden, aber auch eng mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verflochten sind.

Mehr Spielraum in Syrien und im Irak

Im Rahmen ihrer Operation »Schild des Euphrats«, die im August 2016 begann, haben reguläre türkische Einheiten und Gruppen der sogenannten Freien Syrischen Armee die Kämpfer des IS aus einem rund 40 Kilometer tiefen Streifen im Norden Syriens vertrieben. Am 28. und 29. Dezember 2016 kooperierten die türkischen Bodentruppen erstmals direkt mit der russischen Luftwaffe. Damit führten sie den USA vor Augen, dass die Türkei eine Alternative zu amerikanischer Luftunterstützung hat. Gleichzeitig lancierte die türkische Regierung Überlegungen, den USA die Nutzung der Militärbasis Incirlik zu verbieten, da sie mit den kurdisch-syrischen Milizen der PKK-nahen Partei der Demokratischen

Union (PYD) in Syrien zusammenarbeiten. Beide Schritte treiben den Preis in die Höhe, den Washington zahlen müsste, falls es den kurdisch-syrischen Milizen erlaubt, die von ihnen gehaltenen Gebiete in Nordsyrien zu vereinen und so an der Südgrenze der Türkei einen »kurdischen Korridor« zu bilden.

Bei seinem Besuch im Irak am 6. und 7. Januar 2017 hat der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım zugesichert, die türkischen Einheiten aus Baschiqa westlich von Mossul abzuziehen. Dies hatte die irakische Regierung bislang erfolglos von Ankara verlangt. Yıldırım hat außerdem die territoriale Einheit des Irak bekräftigt, die der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan 2016 mit Verweis auf frühere Besitzungen des Osmanischen Reiches sowie auf Autonomierechte der Turkmenen im Irak wiederholt in Frage gestellt hatte. Mit diesen Zugeständnissen hat sich die Türkei das Versprechen der irakischen Regierung erkaufte, gegen Kämpfer der PKK im irakischen Sindschar-Gebirge vorzugehen. In dieser Bergregion hat die PKK aus Teilen der dort siedelnden Volksgruppe der kurdischen Jesiden eigene Milizen aufgebaut.

Türkische Nahostpolitik: Ein großer Entwurf ...

Bedenkt man die missliche Lage, in die sich die Türkei im Nahen Osten gebracht hatte, kommt die Annäherung an Moskau nicht überraschend. War die Türkei vom Westen noch 2011 als Modell für die Zukunft der islamischen Welt gepriesen worden, hatte der Arabische Frühling die Koordinaten der türkischen Außenpolitik auf den Kopf gestellt. Bis dahin hatte das Land im Innern erfolgreich islamische Identität und Demokratie miteinander in Einklang gebracht. Zudem war es im Nahen Osten als glaubwürdiger Vermittler aufgetreten, der über den politischen, ethnischen, religiösen und konfessionellen Gräben stand, welche die Region durchziehen. In jenen Jahren normalisierte die Türkei ihr Verhältnis zu Kurdistan-Irak, unterhielt mit Sunniten ebenso wie mit Schiiten im Irak gute Beziehungen,

vermittelte zwischen Syrien und Israel und erreichte zusammen mit Brasilien einen Kompromiss für das Atomprogramm des Iran, wobei die Umsetzung freilich am Widerstand der USA scheiterte.

Der Arabische Frühling torpedierte die türkische Strategie eines Ausgleichs mit den autoritären Herrschern des Nahen Ostens. Er offenbarte nicht nur die Schwäche der säkularen autoritären Regime in der Region, sondern auch das Mobilisierungspotential sunnitisch-islamischer Bewegungen dort. Es schien, als würden die verschiedenen Stränge der Muslimbruderschaft künftig die bestimmenden politischen Kräfte im Nahen Osten sein.

Auch Erdoğan's Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) ist stark islamisch-konservativ geprägt. Ihre Gründungskader waren und sind für ihre ideologische Nähe zu den Muslimbrüdern bekannt. Während der langen Regierungszeit der AKP, die seit 2002 ununterbrochen an der Macht ist, veränderte sich die Wahrnehmung von Staat und Nation in der türkischen Gesellschaft. Die Erinnerung an Größe und Macht des Osmanischen Reiches, das 500 Jahre lang die Region beherrscht hatte, wurde wiederbelebt. Ab etwa 2013 relativierte die AKP den säkularen Charakter des Regimes. Die bis dahin klare Ausrichtung auf EU und Nato trat hinter die Idee einer im Nahen Osten dominanten Türkei zurück.

Auch auf globaler Ebene standen die Zeichen günstig für eine Aufwertung der Türkei. Die USA bereiteten sich darauf vor, ihre Präsenz im Nahen Osten zu reduzieren, was die Türkei geradewegs dazu einlud, über eine Führungsrolle nachzudenken. Erforderlich schien nur, dass Ankara sunnitisch-islamischen Volksbewegungen in den Nachbarstaaten unter die Arme greift und jene dort die Regierung übernehmen.

... aber magere Ergebnisse

Doch es kam anders. In Tunesien war der islamischen al-Nahda-Partei nur ein vorübergehender Wahlerfolg beschieden und Libyen versank im Bürgerkrieg. Entschei-

dend allerdings waren die Entwicklungen in Ägypten und Syrien. Sie machten nicht nur Ankaras Träumen von einer türkischen Hegemonie im Nahen Osten ein Ende, sondern entfremdeten die Türkei auch vom Westen.

Der Staatsstreich des ägyptischen Militärs gegen die Regierung der Muslimbrüder am 7. März 2013 war der erste folgenschwere Rückschlag. Dass die Staaten des Westens, allen voran die USA, den Putsch hinnahmen und auch mit der Militärregierung ihre Zusammenarbeit fortsetzten, geißelte die türkische Regierung als Verrat am Ideal der Demokratie. Für Erdoğan war es außerdem der Beleg dafür, dass der Westen den Sturz gewählter Regierungen dann akzeptiert, wenn es gegen die Repräsentanten der muslimischen Massen geht. Ließ dies nicht befürchten, dass der Westen auch die Beseitigung seiner eigenen Regierung hinnehmen oder gar begrüßen würde? So setzte sich nach dem Staatsstreich in Ägypten in Ankara die Lesart durch, die kurz vorher gewaltsam niedergeschlagenen Proteste rund um den Istanbuler Gezi-Park seien im Grunde ein Putschversuch pro-westlicher Kräfte gewesen. Fortan griff die Regierung bei allen politischen Problemen auf dieses Schema zurück.

In Syrien löste sich die Türkei später als die USA und europäische Staaten von Machthaber Baschar al-Assad, drang dann jedoch früher und energischer darauf, die muslimische Opposition zu bewaffnen. 2013 traten zwischen Washington und Ankara Differenzen darüber hervor, welche Teile der islamischen Opposition als dschihadistisch und/oder terroristisch zu gelten hätten. In den USA befeuerten diese Meinungsverschiedenheiten eine Kritik, die schon früher eingesetzt hatte und sich grundsätzlich gegen Obamas Politik einer Zusammenarbeit mit gemäßigten islamischen Bewegungen richtete. Das nährte in Ankara die Besorgnis, der Westen wolle der Regierungspartei schaden.

Bald kam der Streit über die Rolle der syrischen Kurden hinzu. Die kurdischen Milizen waren zum schlagkräftigsten Part-

ner der USA gegen den IS geworden. Ankara beschuldigte Washington, es fördere den Terrorismus. Die USA wiederum kreideten der Türkei an, sie habe sich der aktiven Unterstützung für den Krieg gegen den IS lange verweigert, die Existenz dschihadistischer Zellen in der Türkei auf die leichte Schulter genommen und den Zulauf sogenannter fremder Kämpfer zum IS nicht durch strengere Grenzkontrollen verhindert. Gleichzeitig verstärkte sich in Europa der Protest gegen Ankaras Kurden- und Menschenrechtspolitik.

Anfang 2016 hatte sich die Türkei in eine ausweglose Lage manövriert. Sie war zum gemeinsamen Widersacher von Staaten geworden, die im Nahen Osten gegensätzliche Interessen vertreten. Ihre Syrienpolitik hatte sie zu Gegnern des Regimes in Damaskus, des Iran und Russlands gemacht. Der Streit mit Israel war noch nicht beigelegt. Weil Ankara den irakischen Kurden gegen Bagdads Widerstand direkte Erdölexporte gestattete, verschlechterten sich die Beziehungen zum Irak. Das Verhältnis zu Kairo war seit dem Putsch des ägyptischen Militärs auf einem Tiefpunkt. Dass Riad den Putschisten nicht nur finanziell aus der Klemme half, sondern auch noch die ägyptischen Muslimbrüder zur Terrororganisation erklärte, belastete die Beziehungen zu Saudi-Arabien und anderen Staaten am Golf.

Im November 2015 überspannte Ankara endgültig den Bogen. Türkische Jets schossen ein russisches Kampfflugzeug ab, das den türkischen Luftraum verletzt hatte. Daraufhin verhängte Moskau Wirtschaftssanktionen, sperrte den syrischen Luftraum für die Türkei und brachte so die von Ankara unterstützten Rebellen in Bedrängnis. An einen Sturz Assads war nicht mehr zu denken. Zugleich wuchs die Gefahr, dass die Kurden von ihnen gehaltene Gebiete im Osten und Westen Nordsyriens vereinen und die Türkei vom Nahen Osten abriegeln.

Eine Kurskorrektur war unvermeidlich geworden. Ende Juni verzichtete Ankara darauf, weiterhin die Aufhebung der israelischen Seeblockade von Gaza zu fordern, bis dahin die türkische Bedingung für die

Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Tel Aviv. Und noch im selben Monat entschuldigte sich Erdoğan bei Putin für den Abschuss des russischen Jets.

Radikaler Realismus und ideologische Amnesie

So schmerzhaft der damit verbundene Schwenk für die türkische Regierung auch ist: Der Ausgleich mit Russland ermöglicht der Türkei eine radikale Wendung in ihrer Syrienpolitik. Den wohl deutlichsten Ausdruck findet die türkische Neuorientierung in der gemeinsamen Erklärung, auf die sich Russland, der Iran und die Türkei am 20. Dezember 2016 in Moskau einigten. Darin bekunden sie »ihre uneingeschränkte Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität der Arabischen Republik Syrien als multiethnischem, überkonfessionellem, demokratischem und säkularem Staat«. Die drei Regierungen signalisieren ihre Bereitschaft, als »Garantiemächte eines zukünftigen Abkommens« zu wirken, das »zwischen der syrischen Regierung und der Opposition« ausgehandelt werden soll, und unterstreichen ihre Entschlossenheit, »gemeinsam gegen den IS und Al-Nusra zu kämpfen«.

Damit sind alle Ziele der bisherigen türkischen Syrienpolitik in ihr Gegenteil verkehrt. Machthaber Assad wird als Verhandlungspartner anerkannt. Indem Ankara einem säkularen Syrien zustimmt, nimmt es Abschied von der Idee, den Nachbarstaat unter die Herrschaft der Muslimbrüder zu bringen. Und Al-Nusra (heute Jabahat al-Fatah al-Sham), von der Türkei immer wieder gefördert, wird als Terrororganisation mit dem IS auf eine Stufe gestellt. All dies dürfte Ankaras Ansehen bei der sunnitisch-islamischen Opposition zutiefst erschüttern und damit die Türkei ihres wichtigsten Hebels in Syrien berauben.

Der 5. Dezember 2016 illustriert, wie bitter die Kehrtwende für Ankara sein muss. An diesem Tag begann nach heftigem russischem und syrischem Bombardement die Einnahme Aleppos durch Assads Militär.

Aleppo ist nicht nur die größte Stadt Syriens, sondern auch eine Hochburg der sunnitischen Rebellen und das Zentrum des türkisch-osmanischen Erbes in Syrien. An jenem 5. Dezember verhinderten Russland und China mit ihrem Veto, dass der UN-Sicherheitsrat die Kriegsparteien zu einem sofortigen Waffenstillstand aufrief. Und just an dem Tag, da die entscheidende Bastion der türkischen Syrienpolitik mit russischer Hilfe fiel, pilgerte der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım nach Moskau, wo er die Aufhebung nach wie vor bestehender Sanktionen erreichen wollte, etwa die erneute Gewährung von Visafreiheit für Türken. In Moskau versprach Yıldırım Russland enge militärische und geheimdienstliche Zusammenarbeit. Nur Monate davor hatten regierungsnah türkische Zeitungen noch behauptet, Russland führe einen Krieg gegen die Muslime und den Islam.

Von der Außenpolitik der Partei zur Außenpolitik des Staates

Heute ist Syrien dem türkischen Einfluss vollkommen entglitten. Nichts ist mehr übrig von den Erfolgen der 2000er Jahre, als Ankara mit einer Fülle von Abkommen, gegenseitiger Visafreiheit, einem Freihandelsvertrag, gemeinsamen Kabinettsitzungen sowie militärischer und politischer Kooperation Syrien an sich gebunden hatte. Das Land sollte das Tor der Türkei zur arabischen Welt sein. Der Traum einer türkischen Hegemonie über den Nahen Osten ist ausgeträumt. Deshalb wird die von der AKP verfolgte Außenpolitik, deren Zentrum dieser Traum war, zu Grabe getragen.

An die Stelle der Außenpolitik der Regierungspartei tritt heute die »alte« Außenpolitik des türkischen Staates. Sie ist nicht von großen Visionen bestimmt, sondern von Sicherheitsbedenken, allen voran der Angst vor dem kurdischen Separatismus. Oberste Priorität hat jetzt, zuerst einen Zusammenschluss der kurdischen Territorien von Kobane im Osten und Afrin im Westen Nordsyriens zu verhindern und

dann die dort aufgebauten autonomen Strukturen niederzureißen. Der Ruf nach den dafür notwendigen Operationen gegen die Städte Kobane, Manbij und Afrin ertönt heute sowohl aus regierungsnahen als auch aus extrem nationalistischen Kreisen.

Mit dem Westen ist eine solche Politik (noch) nicht durchsetzbar. Zu wichtig ist die Rolle, welche die USA den syrischen Kurden bei der Bekämpfung des IS zubilligen, und zu groß wohl auch ihr Interesse, die dort errichteten Brückenköpfe zu halten. Selbst regierungskritische türkische Kommentatoren vermuten, dass die USA den Hebel nicht aus der Hand geben werden, den die Kurden für sie in einem Syrien darstellen, das auch in Zukunft von Russland und dem Iran dominiert wird. Deshalb wendet sich Ankara Moskau zu. Schon der Einmarsch türkischer Truppen in Nordsyrien im Rahmen der Operation »Schild des Euphrat«, der sich mindestens so sehr gegen die syrisch-kurdische PYD wie gegen den IS richtet, war nur durch den Ausgleich mit Russland möglich geworden. Moskau öffnete faktisch den syrischen Luftraum für türkische Jets und Russlands stille Einwilligung sorgte dafür, dass Damaskus auf das türkische Eindringen nur mit verbalen Protesten antwortete.

Noch mehr Distanz zum Westen

Mit ihrer Kehrtwende reagiert die Türkei auf das Ende des Arabischen Frühlings und das Scheitern ihrer Nahostpolitik. Doch dass diese Korrektur als Annäherung an Moskau stattfindet, ist vor allem eine Folge US-amerikanischer Politik und wird so lange fort dauern, wie sich Washingtons Haltung zu den Kurden nicht ändert. Denn es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Türkei sich von ihrer Fixierung auf die PKK und die Kurden als angeblich größte Bedrohung türkischer Staatlichkeit löst oder eine Rückkehr an den Verhandlungstisch in Erwägung zieht. Wäre die Türkei in der Lage gewesen, über ihren Schatten zu springen und sich eine politische Integration und Partnerschaft mit den Kurden vorzustellen,

hätte sich Ankara mit der PYD ins Benehmen gesetzt, noch während die Friedensverhandlungen mit der PKK liefen. Über die PYD hätte die Türkei auf die PKK eingewirkt und die syrischen Kurden als zusätzliche Kraft gegen Assad zu gewinnen versucht.

Doch in der gegebenen Wahrnehmung Ankaras richtet sich die Politik der USA direkt gegen die Sicherheitsinteressen der Türkei. Die türkische Regierung und ihre Presse tun alles, um dieses Bild in der Bevölkerung zu verankern. So verstieg sich Erdoğan Ende Dezember 2016 zu der Behauptung, er habe Belege dafür, dass die USA, wenn es nur gegen die Türkei gehe, sogar dem IS Beistand gewähre. Und nach dem Anschlag des IS auf einen Istanbuler Nachtclub am 1. Januar 2017 hieß es aus dem türkischen Kabinett, das Attentat sei wohl eine Reaktion auf den russisch-türkischen Waffenstillstand für Syrien, der die USA in der Syrienfrage marginalisiert habe.

Diese Auffassung schlägt sich in der Politik der Türkei gegenüber Nato und EU nieder. Was die Nato betrifft, versichert die türkische Regierung zwar ihre Bündnistreue, betont aber gleichzeitig ihre Entschlossenheit, an der militär- und rüstungspolitischen Kooperation mit Moskau festzuhalten und den Erwerb russischer S-400-Abfangraketen zu prüfen. Außerdem wollen Ankara und Moskau einen gemeinsamen Mechanismus für militärische und Geheimdienstkooperation einführen. Türkische Think-Tanks deklinieren das Für und Wider eines Verbleibs in der Nato durch und manche optieren klar für den Austritt.

In Richtung EU »drohte« der Staatspräsident im November 2015 damit, ein Referendum über Abbruch oder Fortsetzung der Beitrittsgespräche abzuhalten. Im selben Monat erklärte er – nicht zum ersten Mal –, die Türkei sei in der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) besser aufgehoben als in der EU.

Heute steigt die Attraktivität der Türkei für die SCO und erst recht für Russland. Umgekehrt wird auch die SCO für die Türkei immer wichtiger, besonders für Erdoğan. Als dieser im Januar 2013 erstmals

eine Mitgliedschaft der Türkei in der Organisation zur Sprache brachte, war Russland in Syrien noch nicht militärisch aktiv und die Türkei schien fest im Westen verankert. Mittlerweile ist Ankara Teil der russischen Strategie für den Nahen Osten und ein wichtiger Hebel zur Schwächung des Westens. Anfang 2013 aber, vier Monate vor den Gezi-Protesten, stand Erdoğan im Westen noch nicht ausschließlich für Autoritarismus, wurden in Ankara Friedensgespräche mit der PKK vorbereitet, war Erdoğan noch kein Staatspräsident, der zur Sicherung der eigenen Macht die Verfassung ändern will, und hatte bis dato keinen Putschversuch überstehen müssen. In der zu jenem Zeitpunkt relativ demokratischen Türkei war das Grundprinzip der SCO, die gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der Mitgliedstaaten, für die Regierung nicht so elementar wie heute.

Die gegenwärtigen Dynamiken in der Außenpolitik sprechen also keineswegs eindeutig dafür, dass die Türkei auch in Zukunft Teil des westlichen Sicherheitssystems bleibt. Wie steht es um die Innenpolitik?

Offene Fragen zum versuchten Staatsstreich

Zwei Themen bestimmen heute die Frontlinien in der Innenpolitik: die Einschätzung des versuchten Staatsstreichs vom 15. Juli 2016 und die von der Regierung mit aller Macht vorangetriebene Verfassungsänderung.

Im Lande und unter den Parteien herrscht Einigkeit darüber, dass der Putschversuch auf das Konto eines Netzwerks von Offizieren ging, die über die Bewegung des Predigers Fethullah Gülen zueinander gefunden hatten. Doch darin erschöpft sich der Konsens schon. Der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei (CHP), Kemal Kılıçdaroğlu, spricht heute von einem »Putschversuch unter Kontrolle« der Regierung. Er nimmt damit auf Nachrichten Bezug, die nahelegen, dass die Regierung den Putschversuch kommen sah und ihn

geschehen ließ, um die Legitimation für einen »Gegenputsch«, so Kılıçdaroğlu, zu schaffen. Einer der Ecksteine dieser These ist, dass ein Major der türkischen Streitkräfte acht Stunden vor dem Putsch persönlich den Geheimdienst, der unter der Kontrolle von Erdoğan's engstem Vertrauten steht, aufgesucht und über das Anlaufen der Initiative unterrichtet hat. Der Offizier wurde dem Leiter des Dienstes vorgeführt, der sich daraufhin zum Chef des Generalstabs begab. Doch weder will der Geheimdienstchef die Staats- und Regierungsführung informiert haben noch gab der Generalstabschef den Oberkommandierenden der Waffengattungen eindeutige Order.

All dies geschah, obwohl in jenen Wochen in Ankara mit einem Putschversuch von Gülen-nahen Offizieren gerechnet wurde. Eine regierungnahe Zeitung hatte rund drei Monate vorher zwei Artikel eines Journalisten veröffentlicht, der sich guter Kontakte zum Geheimdienst rühmt. Er warnte Gülen-nahe Offiziere im Militär, der Geheimdienst sei über ihre Putschpläne im Bilde und warte nur darauf, dass sie aktiv würden und so die Struktur ihres Netzwerks offenbarten. In einem anderen regierungsnahen Blatt hieß es nur drei Tage vor dem Putsch, noch vor der nächsten Beförderungsrunde im August würden etwa 600 Gülen-nahe Offiziere aus der Armee entfernt. Ungeklärt ist, ob die Regierung den Putsch tatsächlich bewusst geschehen ließ und so in Kauf nahm, dass bei den Kämpfen in der Putschnacht rund 240 Menschen zu Tode kamen. Die rechtsoppositionelle Zeitung eines Journalisten, der diese Meinung öffentlich vertreten hatte, wurde wenige Tage später von maskierten Randalierern überfallen. In der Kommission, die das Parlament zur Untersuchung des Putsches eingerichtet hat, verhinderten die Abgeordneten der Regierungspartei, dass inhaftierte Generäle befragt und der Leiter des Geheimdienstes sowie der Chef des Generalstabs vorgeladen wurden. Stattdessen konzentriert sich die Kommission auf das Verhältnis der Gülenisten zu den USA. In der ersten Januarwoche schreckte Erdoğan

nicht davor zurück, in einer Rede eine offensichtliche Falschmeldung zu wiederholen, nur um Washington erneut für den Putsch verantwortlich machen zu können.

Eine Verfassungsänderung zur Bewahrung des Status quo

Ohne die Fraktion der rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) kann die Regierungspartei ihren Entwurf zur Verfassungsänderung nicht durchs Parlament bringen. Deren Vorsitzender Devlet Bahçeli begründet seine Unterstützung damit, dass sich Präsident Erdoğan nicht mit den Kompetenzen begnüge, die ihm die geltende Verfassung gewähre, weshalb diese den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden müsse. Auch Justizminister Bekir Bozdağ will die Verfassungsänderung, um die aktuelle Situation fortzuschreiben. Freimütig sagt er, Erdoğan besitze aufgrund seiner hohen Zustimmung in der Bevölkerung schon heute entscheidenden Einfluss auf Exekutive und Legislative. Doch weil so charismatische Führer wie Erdoğan nur selten aufträten, brauchten die Konservativen das Präsidialsystem. Nur die Stichwahl zwischen zwei Kandidaten, wie sie in einem Präsidialsystem vorgesehen ist, stelle sicher, dass sich stets der Kandidat des konservativen Blocks durchsetze, der die relative Mehrheit in der türkischen Gesellschaft bilde, so dass die Vorherrschaft der Konservativen festgeschrieben werde. Auch Oppositionsführer Kılıçdaroğlu, wenn auch mit gegensätzlicher Bewertung, betrachtet die Zementierung der aktuellen Machtverhältnisse als eigentliches Ziel der angestrebten Verfassungsänderung. Mit ihr solle der »Gegenputsch«, den die Regierung am 20. Juli mit der Ausrufung des Notstandes (der bis heute zweimal verlängert wurde) unternommen habe, zum formal legalen Normalzustand gemacht, die Gewaltenteilung aufgehoben und der bereits arg lädierte Rechtsstaat endgültig beseitigt werden.

Der Entwurf zur Verfassungsänderung bestätigt die Hoffnungen seiner Unterstützer und damit auch die Ängste seiner Gegner. Eine in diesem Sinne modifizierte Verfassung würde das Parlament gegenüber dem Präsidenten schwächen. Er könnte es jederzeit auflösen und Neuwahlen ansetzen, Minister, Staatssekretäre sowie die Spitzen aller Verwaltungen allein ernennen, den Ausnahmezustand verhängen und in diesem Fall mit Notverordnungen regieren. Das Parlament verlöre das Recht auf direkte Befragung der Exekutive und könnte ihre Politik nicht mehr blockieren, indem es die Zustimmung zum Haushalt verweigert. Mehr noch: Weil der Präsident Mitglied und Vorsitzender seiner Partei bleiben könnte, wäre er auch in der Lage, die Politik der stärksten Partei im Parlament zu dominieren, und hätte damit maßgeblichen Einfluss auf die Legislative. Und weil Präsident und Parlament zusammen rund die Hälfte der Richterschaft ernennen würden, könnte ein Präsident, der auch Parteivorsitzender ist, in Zukunft die Hälfte der Justiz bestimmen.

In der ersten Januarwoche wurde der Entwurf in erster Lesung verabschiedet. Die Volksabstimmung darüber soll frühestens am 26. März und spätestens am 16. April stattfinden. Wie ist die Stimmung in der Bevölkerung zu dem Thema?

Die Haltung der Bevölkerung

Einer aktuellen Umfrage nach fühlt sich nur etwa ein Fünftel der Bevölkerung über den Inhalt der Verfassungsänderung informiert. Das mag erklären, warum die Frage nach Zustimmung oder Ablehnung des Entwurfs bei verschiedenen Meinungsforschern unterschiedliche Ergebnisse erbringt. Gesichert ist jedoch das große Einverständnis mit Verhängung und Verlängerung des Ausnahmezustands, den etwa zwei Drittel der Befragten befürworten. Ebenfalls rund zwei Drittel vertrauen der Regierung und ihrer Sicherheitspolitik. Dass die antiwestliche Rhetorik der Regierung auf fruchtbaren Boden fällt, ist sicher

ein Grund für diesen Schulterchluss. So nehmen 44 Prozent der Befragten die Behauptungen Erdogans und der Regierung für bare Münze, der Westen stehe der Türkei ablehnend, ja feindlich gegenüber und das (westliche) Ausland sei letzten Endes für alle Terroranschläge im Land verantwortlich. Ebenso viele würden einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der EU begrüßen und 87 Prozent finden die Annäherung an Russland richtig. Die weitere Mitgliedschaft der Türkei in der Nato hatten schon vor dem Putschversuch nur noch 38 Prozent für notwendig erachtet. Diese Rate dürfte seither nochmals gesunken sein, bedenkt man die massiven Verdächtigungen, die Nato sei vorab über den Putschversuch informiert gewesen. Auch innenpolitisch entfernt sich die Türkei mit Riesenschritten von Europa.

Zollunion und rote Linien

Doch nach wie vor ist die EU der bei weitem wichtigste Markt für Ausfuhren aus der Türkei. Von 2012 bis 2015 erhöhte sich ihr Anteil an den Exporten der Türkei von 39 auf 44 Prozent. 2015 stammten 57,6 Prozent der direkten Auslandsinvestitionen in der Türkei aus den Ländern der EU und zwei Drittel aller ausländischen Beteiligungen an türkischen Firmen kommen von dort. Im November 2016 mahnte Mehmet Şimşek, der frühere Finanzminister und einer der heutigen Stellvertreter des Ministerpräsidenten, die Abkehr von Europa degradiere die Türkei zu einem Land der Dritten Welt. Anlässe der Warnung waren die Stagnation der inländischen Investitionen und der Rückgang der Auslandsinvestitionen von 10,5 Milliarden US-Dollar im ersten Halbjahr 2015 auf 4,8 Milliarden US-Dollar im ersten Halbjahr 2016. Angesichts einer immer noch wachsenden Bevölkerung und dem Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in den Arbeitsmarkt konnte trotz einer Wachstumsrate von durchschnittlich 3,7 Prozent in den letzten Jahren weder das Pro-Kopf-Einkommen (auf US-Dollar-Basis)

gesteigert noch die Arbeitslosigkeit gesenkt werden.

Wirtschaftlich sind Russland und China, die großen Wirtschaftsmächte in der SCO, weder aktuell noch langfristig für die Türkei eine Alternative zur EU. Sowohl gegenüber Russland (minus 16,8 Prozent) als auch gegenüber China (minus 22,5 Prozent) war die türkische Handelsbilanz 2015 negativ.

Aus strategischer Perspektive bleibt offen, was die Türkei ohne den Rückhalt der Nato russischer Machtprojektion im Schwarzen Meer, im Kaukasus und im Nahen Osten entgegensetzen will. Ein Bruch mit dem Westen ist deshalb weder ökonomisch noch strategisch sinnvoll.

Doch kann sich der Westen nicht darauf verlassen, dass eine solche Sicht der türkischen Interessen in Ankara geteilt wird. Um die Türkei im Westen zu halten, sollte die EU Ankara deshalb entgegenkommen, zum Beispiel bei den Nachverhandlungen zur Zollunion und bei der Visafreiheit für türkische Staatsbürger. Diese Zugeständnisse müssen jedoch mit roten Linien verbunden werden, wie die Ächtung der Todesstrafe und der Folter.

Um in Ankara gehört zu werden, muss nicht nur die EU, sondern auch die Nato mit einer Stimme sprechen. Die Nato muss sich außerdem in Syrien aus der Klemme zwischen Türken und Kurden befreien, in die Washington das Bündnis manövriert hat.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364